

7 Uhr

Ö1 Morgenjournal

Dienstag 14. März, guten Morgen.

Wie sehr ist die Inflation in Österreich hausgemacht?

Etwa weil manche Branchen die Preise stärker erhöhen, als es die Kosten bedingen würden.

Gast im Studio ist dazu Wirtschaftsminister Martin Kocher.

Schärfere Regeln für Banken in den USA will Präsident Biden nach den jüngsten Banken pleiten.

Keine Kontrolle für China im Indo-Pazifik, die USA, Großbritannien und Australien rücken in Verteidigungsfragen im Pazifik enger zusammen.

Die Grünen sind klar gegen den Nähhammervorschlag einer Berufspflicht für Medizinabsolventen.

Wir berichten von der Verleihung des Simon-Wiesenthal-Preises gestern im Parlament.

Bei der EU-Strategie gegen Antisemitismus gibt es noch viel zu tun.

Unser Michael Cain ist 90, seine Schauspielkarriere wehrt seit mittlerweile 60 Jahren.

Erster Programmpunkt im Morgenjournal der Blick aufs Wetter mit Gunter Schuller.

Eine Front ist bereits im Westen eingetroffen und südlich von uns entwickelt sich ein Tief.

Von Vorarlberg bis Oberösterreich und bis Oberkernten regnet es heute zeitweise intensiv.

Ein paar Regenschauer kommen auch in die Osthälfte Österreichs voran.

Die Schneefallgrenze sinkt am Nachmittag im äußersten Westen auf 900 Meter, schwankt aber sonst zwischen 1100 und 1700 Meter.

In der südlichen Steiermark und im Südburgenland kann es bis zum Abenddrucken bleiben.

Die Höchstwerte meist 6 bis 13°C im Osten und Südosten 14 bis 19°C

und momentan in den Landeshauptstädten schon 7 bis 11°C, 11°C stellenweise in Wien.

Zeitweise geht es heute auch sehr windig zu. Sturmböen aus Süd können vorerst am Alpenhauptkamm und im Süden dabei sein.

Am frühen Nachmittag greift im Westen verbreitet starker bestürmischer Westwind durch.

Am späten Nachmittag dann auch in Oberösterreich und im westlichen Niederösterreich.

Am Abend und in der ersten Nachthälfte verlagert sich dann der Sturm immer mehr auf den Osten Österreichs

und in der Nacht kann es dann auch weit herunterschneiden.

Seit Monaten bricht die Inflation in Österreich Rekord um Rekord. Während sie im Euro-Raum zu Jahresbeginn gesunken ist,

ist sie bei uns weiter gestiegen, zuletzt auf rund 11%.

Nach wie vor treiben vor allem hohe Lebensmittel und Energiepreise die Teuerung an.

Ein Teil der Inflation sei aber ausgemacht, weil einige Branchen ihre Preise stärker erhöhen, als es die Kostensteigerung notwendig machen würde.

Das behauptet das Arbeitnehmer nahe im Momentum-Institut in einer aktuellen Studie.

Was ist dran an dieser Aussage?

Hannah Sommersacher hat nachgefragt.

Unter dem Deckmantel der hohen Inflation erhöhen manche Unternehmen ihre Preise stärker als nötig.

Das behauptet Ökonom Joel Thölgias vom Arbeitnehmer nahen Momentum-Institut.

Die Daten zeigen ganz deutlich, dass Unternehmen eben nicht nur ihre höheren Produktionskosten an ihre Kunden weitergegeben haben,

sondern sie haben eben auch zusätzlich noch ihre eigenen Preisaufschläge erhöht, um ihre Profite zu

steigern.

So komme es zu einer Profitpreisspirale und die treibe die Inflation weiter an. Die Folge?

Die hohe heimische Inflation, die wir in den letzten Monaten gesehen haben,

ist eben nicht nur importiert, sondern ungefähr zwei Dritteln ausgemacht.

Laut Thölgias stechen vor allem der Bau, die Energiewirtschaft, Land- und Forstwirtschaft, sowie der Bereich Handelverkehr Gastronomie hervor.

Dort hätten die Unternehmen ihre Gewinnaufschläge drastisch erhöht, die Energiewirtschaft etwa um mehr als 40 Prozent.

Das natürlich trägt sich dann weiter in das gesamte Wirtschaftssystem. Also jedes Unternehmen, jeder Haushalt braucht Strom,

steigen jetzt die Strompreise, weil eben Energiekonzerne ihre Profitmarge erhöhen.

Dann bedeutet das zusätzliche Kosten für alle anderen Unternehmen, für die Haushalte.

Das Momentum-Institut verwendet in seiner Untersuchung gar den Begriff Gierflation.

Gemeint ist eine Inflation, die von Unternehmensprofiten getrieben wird.

So weit will Ökonom Josef Baumgartner vom Wirtschaftsforschungs-Institut WIFO nicht gehen.

Gierflation ist ein Begriff, der extrem reißerisch ist.

Und auf Basis der aktuell vorliegenden Daten auch eigentlich schwierig zu rechtfertigen ist.

Denn das Momentum-Institut rechnet, vereinfacht gesagt, mit den gesamten Branchenprofiten.

Das steueraufkommen der Unternehmen ist dabei aber nicht berücksichtigt.

Dazu kommt, die Daten, auf die sich das Momentum-Institut stützt, sind laut Baumgartner vorläufig.

Wir sind in der aktuellen Lage angewiesen auf Daten der sogenannten volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.

Diese Daten sind vorläufig und werden im Laufe des kommenden Jahres noch mehrfach revidiert.

Und dabei oft geändert. Was sagt der WIFO-Ökonom also zum Vorwurf,

die Unternehmen würden mit höheren Profiten die heimische Inflation antreiben?

Also so weit würde ich auf keinen Fall gehen.

Allerdings, auch Baumgartner sieht anzeichen dafür,

dass einzelne Branchen trotz hoher Inflation deutlich höhere Gewinne einfahren.

Auch er nennt die Energiewirtschaft den Bau und die Land- und Forstwirtschaft.

Bei der E-Wirtschaft ist es relativ evident, da haben wir auch schon Bilanz-Meldungen.

Die ÖMV hat schon Bilanzzahlen vorgelegt, wo sie sehr, sehr hohe Gewinnsteigerungen im Jahr 2022 vermelden konnten.

Die Preissteigerungen für Gas und Strom etwa haben die Bundeswettbewerbsbehörde und die E-Control zum Anlass genommen, die Branche genau zu beobachten.

Das Momentum-Institut fordert politische Maßnahmen,

die Übergewinnsteuer im Energiebereich sollte ausgeweitet und verschärft werden.

Außerdem soll die Körperschaftsteuer, die auf Gewinne anfällt, wieder angehoben werden.

Studio begrüße ich jetzt Arbeits- und Wirtschaftsminister Martin Kocher von der ÖVP.

Schönen guten Morgen.

Guten Morgen, Frau Seelmann.

Herr Minister Kocher, es gibt also je nach Sichtweise anzeichen bzw. sogar Beweise, dass die Profite der Unternehmen die Inflation antreiben.

Wie sehen Sie das?

Das Bild ist komplex, es gibt die verschiedensten Bereiche der Inflation.

Natürlich ist Energie ein Faktor, der die Inflation in Österreich treibt.

Zum Großteil importierte Energie.

Wir sind eine Markt, wo natürlich auch Unternehmen aus Österreich woanders hin verkaufen können,

wenn dort die Preise höher sind.

Das hat natürlich letztes Jahr die Inflation in Österreich mitgetrieben.

Das wird glücklicherweise jetzt besser, aber die Produzentenpreise sind viel stärker gestiegen als die Konsumentenpreise am Anfang dieser Inflationsphase.

Jetzt wieder etwas weniger.

Deswegen bin ich optimistisch, dass die Inflation auch in den nächsten Monaten langsam zurückgehen wird in Österreich.

Trotzdem, es gibt Branchen und sie wurden genannt E-Wirtschaft, Bau, Land- und Forstwirtschaft, Gastronomie, Tourismus.

Da haben manche die Preise stärker erhöht, als sich deren Kosten erhöht haben.

Wollen Sie die weiter gewähren lassen oder etwas dagegen unternehmen?

Erstens ist das eine Ahnung, wir wissen das nicht, weil die Kosten sind nicht bekannt.

Das ist glaube ich wichtig zu sagen, ist auch ganz klar aus dem Beitrag herausgekommen, dass die Daten, die man dafür verwenden müsste, noch nicht eng gültig sind, um das zu sagen.

Drittens ist natürlich wichtig, dass in diesen Bereichen der Wettbewerb funktioniert.

Wir haben eine Bundeswettbewerbsbehörde, die gemeinsam mit der E-Kontrolle zum Beispiel den Energiebereich stärker prüft.

Das ist etwas, was ich begrüße.

Natürlich, es geht darum, Wettbewerb in allen Bereichen sicherzustellen.

Das machen die Wettbewerbsbehörden.

Das macht nicht auch der Konsument, die Konsumentin, in dem er oder sie billigere Angebote wählt. Gerade in der Gastronomie gibt es mehrere Angebote.

Also wenn jetzt irgendjemand die Preise stark gehözt, dann geht es darum natürlich auch selbst zu entscheiden,

dort hinzugehen, wo die Preise nicht so stark gestiegen sind.

Ganz wichtig, um die Inflation auch in nächster Zeit nach unten zu bringen.

Das Arbeitnehmer Nahe Momentum-Institut fordert die Abschöpfung von Gewinnen, die auf Kosten der Konsumenten entstehen

und auch Fiskalratschef Badelt sagt zum Beispiel, dass die Senkung der Körperschaftsteuer, die auf Gewinne anfällt,

erhält das für einen Fehler.

Ist das ein Fehler, den Sie korrigieren wollen?

Die Besteuerung liegt ja nicht im Arbeits- und Wirtschaftsressort und es gibt eine Vereinbarung darüber im Koalitionspekt.

Das ist etwas, was aus meiner Sicht nicht zur Diskussion steht.

Aber Sie könnten in der Koalition dafür werben?

Professor Badelt hat ja auch ganz klar gesagt, dass vor allem die Lohnnebenkosten etwas sind, wo Belastungen auftreten, die hoch sind für Arbeitnehmerinnen, Arbeitnehmer und die Arbeitgeberinnen, Arbeitgeber.

Also in Zukunft hoffe ich sehr, dass der Fokus stark auf diese Lohnnebenkosten kommt,

weil wir da natürlich auch damit Effekte verbunden haben, was das Arbeitsangebot betrifft. Das heißt, wenn wir die senken können, dann gelingt es auch, dass Menschen mehr arbeiten und auch mehr davon haben, wenn sie mehr arbeiten.

Schauen wir uns noch die Lebensmittelpreise genauer an. Da sinken die Großhandelspreise für manche Produkte. Bereits wieder der Kund im Supermarkt merkt aber nichts davon. Zum Teil darin, es gibt drei große Ketten, die den Markt beherrschen und solange sich dort keiner bewegt, ändert sich auch nichts bei den Preisen.

Wie könnte man dagegen steuern?

Mit einer funktionierenden Webbewerbspolitik, die es gibt, klar kann man nicht so einfach zusätzliche Anbieter am Markt bringen. Auch bei zwei oder drei Anbieter kann der Webbewerb sehr massiv sein. Das ist da auch zum Teil.

Wir müssen alles tun, dass dieser Webbewerb stark und auch nachhaltig ist. Das ist aber, glaube ich, in den meisten Branchen der Fall. Und wie gesagt, wenn es Verstöße gibt, dann bin ich der Erste, der Prüfungen, genaue Prüfungen und auch Konsequenzen begrüßt.

Herr Minister Kocher in Frankreich hat die Regierung veranlasst, dass die großen Handelsketten eine Niedrigpreisgarantie für bestimmte Lebensmittel geben müssen. Wäre das für uns auch ein denkbare Modell?

Man muss über alle Dinge nachdenken. Ich halte aber starke Eingriffe auf die Preise für immer gefährlich.

Warum? Weil Sie - und das haben wir in vielen Fällen gesehen - Länder, die auf Preise direkt eingegriffen haben, sie verursachen Versorgungsengpässe. Das heißt, wir haben Knappheiten. Und ich glaube, es ist niemals geholfen, wenn zum Beispiel Lebensmittel dann nicht verfügbar sind. Wir haben es sehen, dass zum Beispiel jetzt auch in England hat zum Teil andere Gründe. Aber das ist die Gefahr bei zu starken Eingriffen auf die Preise direkt. Und das wäre noch schlimmer, dass wir das Kind mit dem Bade auszuschütten aus meiner Sicht. Die hohe Teuerung und damit halt auch die hohen Preise beschäftigen die Menschen aber sehr. Das ist zum Teil auch wahlentscheidend. Das haben wir in den vergangenen Wochen gesehen. Die Verhaltensökonomin Gangl vom IHS hat vorige Woche bei mir im Mittag schon all gesagt, die Menschen sehen mittlerweile nur mehr die Teuerung, nicht die höheren Lohnabschlüsse und nicht die Regierungshilfe. Sonst sind sie fokussieren sich auf das, was sie bezahlen müssen. Sie haben selbst zu Verhaltensökonomie und Wirtschaftspsychologie geforscht. Wie sinnvoll sind denn unter diesem Aspekt diese ganzen Hilfen gewesen?

Das stimmt natürlich. Die Teuerung sieht man jeden Tag im Supermarkt, an der Tankstelle, wo man einkaufen geht im Lokal. Das ist noch nicht psychologisch präsent. Andererseits ist es ökonomisch natürlich ganz wichtig, dass gerade in den unteren Einkommensschichten die Kaufkraft erhalten wurde. Das ist mit den Hilfen auf jeden Fall gelungen. Im Durchschnitt zumindest gibt es immer noch Menschen, die große Schwierigkeiten haben,

auch Betriebe, die große Schwierigkeiten haben, auch da gibt es natürlich Hilfen. Die können nicht immer alle voll erreichen, aber ich glaube, es ist wichtig ökonomisch. Dadurch stehen wir auch im Vergleich zu vielen anderen Staaten, was die Kaufkraft betrifft, was sich die Menschen leisten können, besser da.

Aber es geht jetzt darum natürlich gemeinsam mit der Geldpolitik und die ist dort führend, die Inflation in der nächsten Zeit nach unten zu bringen, weil sie tatsächlich für alle belastend ist.

Die Österreich muss raus aus der Inflationsdynamik, raus aus diesem Automatismus, wo nach glöne Sozialleistungen Pensionen im Ausmaß der Inflation steigen, sagt wie vor Chef Felbermeier.

Man müsse auch die Nachfrage senken. Wie?

Die Nachfrage senkt man in der Regel mit höheren Zinsen. Das macht die Geldpolitik.

Die Nachfrage senkt man mit einer weniger expansiven Fiskalpolitik, das heißt weniger Ausgaben.

Das ist aber schon angelegt. Ich unterstütze den Finanzminister davon, dass wir natürlich jetzt schauen müssen in der nächsten Zeit wieder, dass der Haushalt im Gleichgewicht bleibt

und damit weniger ausgegeben werden kann. Das ist eine Balance.

Die einen sagen, wir machen zu wenig, die anderen sagen, wir machen zu viel.

Diese Balance müssen wir halten, aber es geht darum natürlich jetzt zu schauen, dass die Inflation nach unten geht.

Raus aus der hohen Inflation, sagt uns auch Arbeits- und Wirtschaftsminister Martin Kocher.

Er war heute früh im Studio. Vielen Dank.

Danke sehr.

Nach den Pleiten der Kalifornischen Silicon Valley Bank und der Signature Bank will US-Präsident Joe Biden

die Regeln für Banken in den USA verschärfen. Einlagekunden der Banken verspricht beiden erneut, dass ihre Guthaben gesichert sein. Investoren müssten das Risiko hingegen selbst tragen.

Die US-Börsen haben sich nach dem Kurs Rutsch in der vergangenen Woche wieder beruhigt, Ellen Lemberger berichtet.

Nach den Pleiten der Kalifornischen Silicon Valley Bank und der Signature Bank versucht US-Präsident Joe Biden zu beruhigen.

Die Amerikaner könnten darauf vertrauen, dass das Banksystem sicher sei, sagt Biden.

Der US-Präsident betont zudem erneut, dass die Steuerzahler nicht zur Kasse gebeten werden.

Das Geld zur Sicherung der Guthaben kommen aus dem Einlagensicherungsfonds, in den alle Banken einzahlten.

Geschäftsleute hätten bereits wieder Zugang zu ihren Einlagen, um Rechnungen und Gehälter zu bezahlen

und ihr Geschäft fortzuführen, versichert Biden. Die Investoren seien hingegen nicht geschützt.

Wer also etwa Aktien der Bank gekauft hat, bekommt dieses Investment nicht zurück.

Da sei der Kapitalmarkt, wer da investiere, kenne das Risiko und müsse es selber tragen, so beiden.

Die Bankmanager dieser Banken würden gefeuert.

Biden will zudem eine Untersuchung, wie es zu den Bankpleiten gekommen sei.

Die US-Notenbank FED will die Regulierung der Silicon Valley Bank auf den Prüfstand stellen.

Zudem solle die Bankaufsicht unter die Lupe genommen werden, hat die FED angekündigt.

Notenbankchef Sharon Powell teilte mit, dass die Pleite der Bank eine gründliche, transparente und zügige Überprüfung bedürfe.

Die Ergebnisse sollen bis 1. Mai veröffentlicht werden.

Die Untersuchung deutet laut Experten darauf hin, dass die FED ihre Richtlinien ändern könnte, um Schieflagen in der Branche künftig zu verhindern.

An den US-Börsen hat sich die Lage nach dem Kursrutsch der letzten Woche wieder beruhigt.

Zwar dürfte mit der First Republic Bank ein weiteres US-Gelthaus vor großen Problemen stehen.

Der US-Lightindex Dow Jones schloss jedoch mit einem relativ geringen Minus von 0,3%.

Die Technologie per Senester gezielte sogar ein Plus von 0,8%.

Die USA, Großbritannien und Australien wollen in Verteidigungsfragen im Pazifik enger zusammenarbeiten.

Zu diesem Zweck wurde vor 1,5 Jahren ein neues Bündnis namens OKAS beschlossen.

Es geht dabei vor allem darum, China im Indo-Pazifik nicht die Kontrolle zu überlassen.

Vor allem Australiens Flotte soll aufgerüstet werden.

Nun haben die drei Staats- und Regierungschefs in San Diego in Kalifornien erste Details präsentiert.

Berichtet aus den USA, Christoph Kohl.

Mit viel militärischem POM präsentieren US-Präsident Joe Biden, der britische Premier, Rishi Sunak und Australiens Premierminister Anthony Albanese.

In einer Marine-Basis in San Diego die nächste Phase ihrer neuen Verteidigungsalianz, OKAS.

OKAS hat ein vorrangiges Ziel, die Stabilität im Indo-Pazifik angesichts der sich schnell veränderten globalen Dynamiken abzusichern.

So US-Präsident Joe Biden.

Gemeint ist damit vor allem Chinas zunehmendes Machtstreben und die militärische Präsenz Pekings in der Region.

Daher soll vor allem Australien aufgerüstet werden.

Im Zentrum des Bündnisses steht die Ausstattung Australiens mit modernen U-Booten bis zu fünf.

Der Klasse Virginia will die australische Regierung von den USA kaufen, erklärt Premierminister Albanese.

Dieses Abkommen stellt die größte Einzelinvestition in Australiens Verteidigungsfähigkeit in unserer gesamten Geschichte dar.

Die für Australien vorgesehenen U-Boote, von denen eines gleich als Kulisse für die Pressekonferenz diente, sind mit einem Nuklear-Antrieb ausgestattet.

Allerdings verfügen sie nicht über Atomwaffen, betont Joe Biden mehrfach.

Ab 2027 wollen die USA und Großbritannien abwechselnd U-Boote in Australien stationieren.

In den 2030er Jahren sollen dann die ersten U-Boote an Australien ausgeliefert werden.

Langfristig wollen die drei Länder ein eigenes Modell entwickeln, das auch in Australien gebaut werden soll.

Angesichts der vielen sicherheitspolitischen Herausforderungen sei es notwendig, die Verteidigungs- und Abschreckungskapazitäten auszubauen,

erklärt der britische Premierminister Rishi Sunak, der auch eine Aufstockung des britischen Verteidigungsbudgets ankündigt.

Russlands illegale Invasion der Ukraine, Chinas wachsende Selbstbewusstsein, das destabilisierende Verhalten des Iranes und Nordkoreas,

all das droht eine Welt zu schaffen, die von Gefahr, Unordnung und Spaltung geprägt ist. Die amerikanische Regierung betont, dass das Bündnis keine Botschaft an ein einzelnes Landsende, der Fokus liege auf einem freien und offenen Indo-Pazifik. China sieht das freilich anders und spricht von Einkreisung und Unterdrückung, aber auch Frankreich hat wenig Freude mit dem Bündnis der Anglophonenmächte, da dadurch ein fast 60 Milliarden Euro schwerer U-Bootstil mit Australien geplatzt ist. Gleich 7 Uhr und 18 Minuten wirkehren zurück nach Österreich. Bisher war so etwas nur von Burgenlands Landeshauptmann DOSCO-Ziel oder der österreichischen Gesundheitskasse zu hören, nun also auch von Bundeskanzler Karl Nehammer von der ÖVP, eine Berufspflicht für Medizinabsolventinnen und Absolventen, um dem Ärztemangel etwas entgegenzusetzen. Das hat Nehammer bei seiner Rede zur Zukunft Österreichs inspiel gebracht. Europarechtlich gibt es laut Experten keine Bedenken für eine solche Regelung. Der grüne Koalitionspartner winkt dennoch ab und findet andere Maßnahmen zielführender. Niklas Lacher berichtet. Gegen den Ärztemangel schwebt Kanzler Karl Nehammer von der ÖVP eine Berufspflicht für alle vor, die in österreichischer Medizinstudium abschließen. Um dann eben auch der Gesellschaft ein Stück weit etwas von dem zurückzugeben, was sie kostenlos in Anspruch genommen haben. Damit rennt der Kanzler bei Burgenlands Landeshauptmann Hans-Peter DOSCO-Ziel-SBÖ und der österreichischen Gesundheitskasse offene Türen ein. Ihre Rufen nach einer Verpflichtung von Jungärztinnen und Ärzten im öffentlichen Gesundheitssystem sind bei der Regierung bisher aber auf Ablehnung gestoßen. Nun die Kehrtwende des Kanzlers, die beim grünen Koalitionspartner wenig Begeisterung auslöst. Es gebe in Österreich nicht zu wenig Ärztinnen und Ärzte, aber zu wenige die Kassenstellen annehmen, betont Gesundheitssprecher Ralf Schallmeiner. Da ist unser Ansinnen schon, dass wir eher mal momentan daran arbeiten wollen, dass wir eben die Gesamtsituation für Gesundheitsberufe und da kehren natürlich dann auch die Medizinerinnen und Mediziner dazu. Das wird das eben verbessern, dass wir eben so mehr Medizinerinnen und Mediziner wieder ins Kassensystem hineinbringen. Etwa auch durch den geplanten Ausbau der Primärversorgungszentren. Weil das einfach in Lebensrealitäten junger Medizinerinnen und Mediziner einfach viel stärker geben auch entgegenkommt. Das sei zielführender, findet der grüne Gesundheitssprecher. Weil sie eben schnelle kurzfristige Maßnahmen sind, die auch sofort wirksam werden im System. Dazu zählt Schallmeiner auch die Medizinstipendien. Studierende bekommen ihr Studium finanziert, verpflichten sich im Gegenzug aber freiwillig später eine gewisse Zeit als Kassenarzt oder im Spital zu arbeiten. Bisher gibt es das aber nur in Niederösterreich, dem Burgenland, der Steiermark und Tirol. Zusätzlich bieten die ÖGK und auch das Bundesherr Medizinstipendien an, ein schwer durchschaubarer Fleckhalteppich. Eine allgemeine und österreichweite Berufspflicht, wie sie der Kanzler in Spiel gebracht hat, sei Europa rechtlich möglich,

ist EU-Rechtsexperte Walter Obwexer von der Uni Innsbruck überzeugt.

Österreich müsste den Nachweiser bringen, dass es für Ärzte allgemein oder aber für bestimmte Fachärzte einen Mangel gibt.

Obwexer verweist auf ein ähnliches Stipendienmodell in Südtirol, das vor dem Europäischen Gerichtshof gehalten hat.

Von einer generellen Berufspflicht für Jungärztinnen und Ärzte wollte auch das ÖVP-geführte Wissenschaftsministerium noch bis vor kurzem nichts wissen.

Nun heißt es auf Anfrage aus dem Büro von Minister Martin Pollaschek, die Möglichkeit werde derzeit geprüft.

Ein ähnlich schneller Sinneswandel nach der Rede des Kanzlers ist beim grünen Koalitionspartner jedoch nicht zu erwarten.

Im Parlament ist gestern der Simon Wiesenthal-Preis verliehen worden, eine Auszeichnung für zivilgesellschaftliches Engagement

und Projekte gegen Antisemitismus und für Aufklärung über den Holocaust.

Der Hauptpreis ist dann eine israelische Initiative gegangen, die es Privatpersonen ermöglicht, Holocaust-Überlebende in ihre Wohnzimmer einzuladen.

Verliehen hat den Preis die Antisemitismusbeauftragte der EU-Kommission Katharina von Schnurbein.

Die EU-Kommission hat vor eineinhalb Jahren ihre eigene Antisemitismusstrategie vorgelegt und die Mitgliedsstaaten mit der Ausarbeitung nationaler Strategien beauftragt.

Hier ist noch viel zu tun, berichtet Verena Sophie Meyer.

Gerade einmal die Hälfte der EU-Länder hat bisher eine nationale Strategie gegen Antisemitismus vorgelegt,

wie von der EU-Kommission vorgeschlagen, sagt ihre Antisemitismusbeauftragte Katharina von Schnurbein.

Wir haben im Moment 14 Strategien, die vorgeschlagen wurden bis Ende des Jahres und Signale von vielen Mitgliedsstaaten,

dass das in diesem Jahr weitergeht, dass es dafür, dass alles relativ schnell passiert, ist sehr guter Fortschritt.

Die Mitgliedsstaaten sollen vor dem Hintergrund der jeweiligen nationalen Geschichte an den Holocaust erinnern und Antisemitismus bekämpfen.

Doch die Daten sollten überall gleich erfasst werden, damit sie vergleichbar werden, das ist derzeit nicht der Fall.

In einigen Ländern gibt es in der Tat noch überhaupt keine spezifische Datenerhebung zu Antisemitismus

und die Grundrechteagentur, die jedes Jahr eine Bericht zusammenstellt, bekommt die Information, dass Null vor Fälle waren.

Das kann wahrscheinlich leider nicht möglich sein und deswegen ist es nötig das zu vereinheitlichen.

Bei der Erfassung der Fälle gehe es nicht nur um physische Gewalt, sondern vor allem um Alltagsantisemitismus, den Jüdinnen und Juden erleben müssen,

sagt Katharina von Schnurbein, die Antisemitismusbeauftragte der EU-Kommission.

Die antisemitische und noch vielleicht noch nicht mal so gemeinte Bemerkung bei der Arbeit zum Beispiel oder in der Schule,

die Art und Weise, wie man Juden darstellt, wie Juden auch in der Öffentlichkeit dargestellt werden oder in den Medien,

die Art und Weise, wie über Israel berichtet wird.

Kritik an Israel gerät unter Antisemitismus verdacht, aktuell in einer politischen Situation, in der eine rechtsextreme, ultra-religiöse Koalition einen Staatsumbau plant, was international scharfe Reaktionen auslöst.

Wo schlägt legitime Kritik an Israel in antisemitisch motivierte Kritik um?

Katharina von Schnurbein antwortet mit der Definition der International Holocaust Remembrance Alliance.

Die Kritik an Israel, so wie sie an jedem anderen Staat geübt würde, ist nicht antisemitisch.

Das gilt auch in der jetzigen Situation.

Das heißt, man kann die Regierung kritisieren, man kann die Gesetzesvorhaben kritisieren, man kann die Besetzung kritisieren, man kann das alles kritisieren.

Aber, sagt Katharina von Schnurbein, in dem Moment, wo man Israel das Existenzrecht abspricht, ist das ganz klar Antisemitismus.

Blick auf die Uhr, es ist sechs Minuten vor halb acht.

Er ist seit mehr als 60 Jahren kontinuierlich im Filmgeschäft tätig und hat es auf rund 160 Filmrollen gebracht

und war dabei als Gentleman ebenso glaubwürdig wie als Scourner.

Die Rede ist vom britischen Schauspieler Sir Michael Cain, der heute seinen neunzigsten Geburtstag feiert.

Cain, der 2012 beim Filmfestival Viennale in Wien zu Gast war, ist vor allem durch Filmer wie Alfie, die Italian Job und als Batman-Spattler Alfred bekannt geworden.

Arnold Schnötzingler hat zum Neunziger dieses Porträt gestaltet.

Britischer Charme und Scharfsinn, Kultiviertheit mit feiner Ironie, dann wiederum Raubein und Ganove,

aber auch nachdenkliche und verletzte Figuren.

Egal welches Rollenfach, Michael Cain strebt stets nach der gründlichen Erforschung seiner Charaktere.

Die Strategie dabei, Schauspielen nicht wie Spielen also leicht aussehen zu lassen, genau das sei aber das Schwierige.

1933, als Maurice Joseph Michael White geboren, wuchs Michael Cain in Arbeiter-Klasse-Verhältnissen auf,

was sprachliche Spuren hinterließ.

Der Londoner Cockney-Dialekt wurde genauso zu Markenzeichen wie die markante Stimme.

Bei Figuren aus der Arbeiter-Klasse spreche man schnell, weil niemand zuhörte, so Michael Cain beim Mächtigen sei es umgekehrt.

Ausgerechnet mit einem Angehörigen der Oberschicht schafft Cain 1964 im historischen Kriegsfilm Sulu seinen Karriere-Durchbruch,

mit einem Lieutenant der britischen Armee im 19. Jahrhundert.

Im Disput um das Kommando hieß es also, schön sprechen.

Die 1960er- und 70er-Jahre waren für Cain die Jahre der Gangster, Malrabi wie im Rachetrama Get Carter,

dann wieder raffiniert als Meisterdeep in die Italien-Job 1969, Sprengversuche mit Hindernissen. Später waren empathische Fähigkeiten gefragt, um komplexe Gefühle wie Trauer, Sehnsucht und Verlust zu vermitteln,

etwa in Woody Allen's Hanna und ihre Schwestern.

Mehr melancholisch angelegt ist der Weisenhausarzt Dr. Wilbur Lodge in der John Irving-Verfilmung Gotteswerk und Teufels Beitrag.

Jeden Abend sagt dieser seinen Zöglingen gute Nacht.

Die Belohnung dafür einer von zwei Oscars als bester Nebendarsteller.

Berührungsgängste mit Hollywood hatte der im Jahr 2000 zum Rittergeschlagene Cain nie, auch nicht als Butler Alfred in der Batman-Trilogie von Christopher Nolan.

Und eine Schauspielausbildung, Fehlanzage ohnehin sei es nützlicher, Menschen in der U-Bahn zu beobachten.

Den Job an den Nagel zu hängen ist für Sir Michael auch mit 90 nicht vorgesehen.

Sein neues Filmprojekt, The Great Escaper, erzählt von einem Weltkriegs-Veteranen, der aus einem Pflegeheim ausbricht, um an den 70-Jahr-Feierlichkeiten des D-Day in Frankreich teilzunehmen.

Toni Morrison erhielt 1993 als erste afroamerikanische Schriftstellerin den Literatur-Nobelpreis. Schon zehn Jahre zuvor veröffentlichte sie ihre erste und bislang einzig bekannte Erzählung in einer Antologie.

Der Text mit dem Titel Rezipitativ geriet in Vergessenheit und wurde erst nach ihrem Tod 2019 wiederentdeckt.

Im Vorjahr erschien er erstmals als eigene Publikation. Nun ist Rezipitativ im Verlagro-Volt auf Deutsch erschienen.

Mehr von Judith Hoffmann.

Im Weisenhaus treffen die achtjährige Ich-Erzählerin Twyler und die Gleichaltrige Roberta erstmals aufeinander.

Vier Monate lang teilen sie ein Zimmer und bilden eine Schicksalsgemeinschaft.

Schwarz und weiß, Salz und Pfeffer, so nennen die anderen diese beiden.

Damit beginnt ein komplexes literarisches Spiel mit wechselseitigen Zuschreibungen, Klischees und Stereotypen,

das immer mehr zum kniffligen Rätsel wird.

Wir erfahren unglaublich viel über diese beiden Mädchen oder später Frauen, aber wir erfahren nicht, welche dieser beiden weiß oder schwarz ist, sagt die Übersetzerin Tanja Handels.

Es sollte eigentlich gar nicht das Wichtigste sein, aber irgendwie will man es doch wissen.

Ist sie es jetzt oder ist es die andere?

Und ja, man bekommt von der Erzählung so ein bisschen auch ein Spiegel vorgehalten, durch was für eine rasifizierte Brille man eigentlich auf die Menschheit schaut.

In den folgenden Jahrzehnten begegnen sie einander regelmäßig wieder.

Im Deiner, beim Einkaufen oder bei einer emotionsgeladenen Demonstration vor der Schule ihrer Kinder,

wo die eine lautstark führt, die andere vehement gegen die Trennung schwarzer und weißer Schuldkindes kantiert

und dabei am Ende wieder nicht klar ist, wer welche Position einnimmt.

Morrison konzentriert sich ganz auf die persönliche Ebene dieser Beziehung und Auseinandersetzung, während die jüngere US-amerikanische Geschichte nur in Codes und Ernteutungen vorbeizieht. Die Unruhen und das Schoolbussing und Jimi Hendrix und so weiter sind natürlich schon sehr konkrete Zeitmarker.

Aber ich glaube, darum ging es ihr tatsächlich gar nicht so sehr, sondern es ging ihr darum, eben auch eine überzeitliche Gültigkeit zu verleihen, denn das sind ja omnipräsente Konflikte bis heute leider Gottes.

48 Seiten umfasst die einzige Erzählung der Literaturnobelpreisträgerin, die sie neben elf Romanen und einer Essaysammlung hinterlassen hat.

Und doch stellt sich bei der Lektüre schnell das Gefühl ein, es sei alles gesagt darin, über Rassismus und Zivilcourage, kindliche Angst und erwachsene Skrupel, Klassenkampf und Unterdrückung.

Das ist wie ein Kondensat von Morrison's Werk.

Und ich glaube, darin liegt auch schon das ganze Geheimnis, dass sie da einfach in sehr, sehr reduzierter stilistischer Form alle Themen hineinpackt, die sie auch in ihren Romanen natürlich dann sehr viel ausführlicher noch verarbeitet.

Jedes Wort steht an genau der richtigen Stelle.

Also es ist unglaublich durchdacht und auf einer Mikroebene gebaut, was man aber dann dem fertigen Text überhaupt nicht mehr anliest.

Mit viel Sprachgefühl und Witz transportiert Tanja Handels dieses Erzählkunstwerk ins Deutsche. Sadie Smith liefert dem ausführlichen Nachwort hilfreiche Erläuterungen zu Autorin Werk und Umfeld.

Ein Glücksfall und ein perfekter Ausgangspunkt für weitere Neu- und Wiederentdeckungen aus der Feder dieser Schriftstellerin.

Kurz nach halb acht die Nachrichten, Martin Balder.

Die Inflation in Österreich steigt weiter, anders als im Euroraum.

Das Arbeit niemand nahe Momentum-Institut wirft den heimischen Unternehmen nun vor, ihre Preise stärker zu erhöhen, als es die Teuerung erfordern würde.

Laut Wirtschaftsminister Martin Kocher sind die Warenkosten für die Firmen aber noch gar nicht bekannt.

Einen Eingriff der Regierung etwa in die Preisgestaltung der Supermärkte wie in Frankreich halte er eher für gefährlich.

Das könnte für eine Angebotsverknappung sorgen, so Kocher im Ö1-Morgenjournal.

Die USA, Großbritannien und Australien wollen in Verteidigungsfragen enger zusammenarbeiten.

Ein neues Verteidigungsbündnis namens AUKUS soll entgegengewicht zum wachsenden Einfluss Chinas im Indo-Pazifik schaffen.

Dazu liefern die USA bis zu fünf atomgetriebene U-Boote an Australien.

China verurteilt AUKUS als Atomare-Aufrüstung.

Die Schlachten im Osten der Ukraine werden für die Zukunft des Landes entscheidend sein, das hat Präsident Volody Meselensky in seiner abendlichen Videoransprache erklärt.

Unterdessen meldet der ukrainische Militäranalyst Oleg Stanow Zweifel an der aktuellen Strategie an.

Im Kampf um die Stadt Bachmut würde die Ukraine Soldaten und Ausrüstung verlieren, die sie für

[Transcript] Ö1 Journale / Morgenjournal um 7 (14.03.2023)

Gegenoffensiven brauche.

Der Leiter der Oberstaats- und Weitschaft Wien, Johann Fuchs, steht heute in Innsbruck neuerlich vor Gericht.

Fuchs war in erster Instanz wegen falscher Zeugenaussage und verrat seines Amtsgeheimnisses zu einer Geldstrafe von 72.000 Euro verurteilt worden.

Der Schuldspruch wurde später wegen verschiedener Mängel gekippt.

Das Wetter heute viele Wolken und im Westen und Südwesten zeitweise intensiver Regen, ein paar Regenschauer auch im Osten, zum Teil stürmisch.

Die Höchstwerte heute meist nur 6 bis 13, im Osten und Südosten 14 bis 19 Grad.

Das nächste Journal gibt zum Acht, bis dahin begleitet Sie Bernhard Fellingner.

Wir empfehlen Markensport der etwas anderen Art, Fliegen mit dem Besen sowie es die Zauberlehrlingen Hogwarts unter anderem im Film Harry Potter und der Feuerkelle machen.

Das nächste Journal gibt zum Acht, bis dahin begleitet Sie Bernhard Fellingner.

Das nächste Journal gibt zum Acht, bis dahin begleitet Sie Bernhard Fellingner.

Das nächste Journal gibt zum Acht, bis dahin begleitet Sie Bernhard Fellingner.